



Niederschrift 47. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin: Dienstag, 19.03.2019
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 20:40 Uhr
Ort, Raum: MBS Arena, Olympischer Weg 6, 14471 Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Gesine Dannenberg	DIE LINKE	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	
Herr Uwe Adler	SPD	bis 19:20 Uhr
Herr Daniel Keller	SPD	Sitzungsleitung
Frau Ingeborg Naundorf	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Simon Wohlfahrt	DIE aNDERE	

stellv. Ausschussmitglieder

Frau Dr. Carmen Klockow	Bürgerbündnis
-------------------------	---------------

sachkundige Einwohner

Herr Roman Böttcher	DIE aNDERE	
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten/BVB Freie Wähler	
Herr Viktor Kalitke	Migrantenbeirat	
Frau Tina Lange	DIE LINKE	
Herr Djamal Okoko	Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Frau Grit Schkölziger	SPD	ab 18:00 Uhr
Herr Steve Schulz	SPD	
Herr Ronald Sima	DIE LINKE	
Frau Ute Warbein	Beirat für Menschen mit Behinderungen	
Frau Eva Wieczorek	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	

Beigeordnete

Frau Noosha Aabel
Beigeordnete
Bildung, Jugend,
Kultur, Sport

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Clemens Viehrig CDU/ANW entschuldigt

zusätzliches Mitglied

Herr Johannes Baron v. d. Osten FDP entschuldigt
gen. Sacken

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Christian Porath Bürgerbündnis-FDP entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Schindler, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.02.2019 / Feststellung der öffentlichen
Tagesordnung

- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 3.1 Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese
Vorlage: 18/SVV/0348
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBV, JHA, WA KIS, HA

- 3.2 Kunstrasenplatz Nowawiese
Vorlage: 17/SVV/0286
Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
WA KIS

- 3.3 Ruderclub Vineta

- Vorlage: 19/SVV/0201
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.4 Stadtwald in Babelsberg entwickeln
Vorlage: 18/SVV/0962
Einreicher: Fraktion CDU/ANW
KOUL ff, GSI, JHA
- 3.5 Zukunft der Bibliothekslandschaft in Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0152
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.6 Mehr Wissen über Erste Hilfe im Notfall in Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0203
Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP
- 3.7 Schulstandort Waldstadt-Süd
Vorlage: 19/SVV/0193
Einreicher: Fraktion DIE LINKE
Äa Fraktion AfD
SBV (ff)
- 3.8 Planetarium Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0162
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 4.1 Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung -
Sachstand Baumaßnahmen
- 4.2 Gründung Netzwerk "Inklusiver Sport" in der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0209
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 4.3 Vorstellung der Ergebnisse und Ausblick zum Projekt "JamMBoxX"
- 4.4 Information Sanierung Hauptstadion am Luftschiffhafen
- 4.5 Stärkung des Stadtsportbunds Potsdam
Vorlage: 19/SVV/0208
Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 5 Sonstiges
- 5.1 nächste Ausschusssitzungen
- 5.2 Sachstand Strandbad Babelsberg - Seesportclub
- 5.3 Benennung eines Mitgliedes aus dem Ausschuss für Bildung und Sport in das Gremium zur Begleitung der Ausschreibung der ambulanten Suchtberatungsstelle und der Suchtpräventionsfachstelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Keller, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 12.02.2019 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Keller stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Zu Beginn der Sitzung sind **6** stimmberechtigte Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 12.02.2019 erheben sich keine Einwände. Der Niederschrift wird mit **5** Zustimmungen und **1** Enthaltung zugestimmt.

Herr Keller schlägt aufgrund der vorliegenden Rederechte vor, den Tagesordnungspunkt 4.4 – „Information Sanierung Hauptstadion am Luftschiffhafen“ zu Beginn der Sitzung zu behandeln, sowie den Tagesordnungspunkt 4.3 – „Vorstellung der Ergebnisse und Ausblick zum Projekt „JamMBoxX“ als ersten Punkt unter Mitteilungen der Verwaltung aufzurufen.

Des Weiteren sollen die Tagesordnungspunkte 5.2 – „Sachstand Strandbad Babelsberg – Seesportclub“ und 5.3 – „Benennung eines Mitgliedes aus dem Ausschuss für Bildung und Sport in das Gremium zur Begleitung der Ausschreibung der ambulanten Suchpräventionsstelle und der Suchpräventionsfachstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern“ unter dem Tagesordnungspunkt 5 - Sonstiges ergänzt werden.

Die Ausschussmitglieder **stimmen** den vorgeschlagenen Änderungen einstimmig **zu**.

Folgende Anträge auf Rederecht liegen vor:

zu TOP 3.3 – Ruderclub Vineta

- Frau Dr. Wartenberg, Ruderclub Vineta
- Herr Nagel, Ruderclub Vineta

zu TOP 4.3 – Vorstellung der Ergebnisse und Ausblick zum Projekt „JamMBoxX“

- Frau Lupuleak, Musikschule Potsdam
- Herr Hillmann, Musikpädagoge

zu TOP 6.1 – Begleitung des Verfahrens zur Ausschreibung der ambulanten Suchtberatungsstelle und der Suchtpräventionsfachstelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

- Frau Hayn, Koordinatorin Suchtprävention

Den vorliegenden Rederechten wird **einstimmig zugestimmt**.

zu 4.4 **Information Sanierung Hauptstadion am Luftschiffhafen**

Frau Aubel stellt die Ausgangslage zur geplanten Sanierung des Stadions am Luftschiffhafen anhand einer Präsentation vor (Anlage 1). Ziel sei die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Sportarten Leichtathletik, Fußball und American Football.

Eine Bedarfsabfrage der Nutzenden wurde im Vorfeld durchgeführt und verschiedene Planentwürfe wurden mit den Akteuren abgestimmt.

Im Ergebnis sei die Herstellung eines wettkampffähigen und normgerechten Leichtathletikstadions, eines Fußballspielfeldes mit den Maßen 68 x 105 m, sowie eines normgerechten American Football Feldes (48,5 x 109,8 m), inklusive Teamzone möglich. Die Umsetzung dieser Vorhaben sei nur realisierbar, wenn das jetzige Stadiongebäude entfällt und an anderer Stelle wiederaufgebaut wird. Hierbei wird der Erhalt des Wandreliefs berücksichtigt. Das Denkmalamt wurde bereits einbezogen.

Ein Konsens zwischen den drei Sportarten, dem Olympiastützpunkt Brandenburg sowie der Landeshauptstadt Potsdam wurde gefunden.

Herr Henkelmann stellt den abgestimmten Sanierungsentwurf vor.

Auch durch die Verschiebung der Weitsprunganlage sowie der Sperr- und Diskuswurfanlagen in Richtung Tribüne werden weitere Meter zur Herstellung des wettkampftauglichen Platzes gewonnen.

Frau Aubel informiert über das weitere Vorgehen.

Zunächst erfolgen die Konkretisierung des Entwurfes sowie die Erstellung eines Zeit- und Kostenplanes, dann erfolge eine finale Abstimmung zur Förderung mit dem Land und dem Bund. Auch Abstimmungen zu erforderlichen Ausweidlösungen für die Dauer der Sanierung werden mit den Vereinen geführt. Die Bauzeit wird für 2019/2020 avisiert.

Erste Machbarkeitsstudien zur Neugestaltung eines Stadiongebäudes bzw. Vorplatzes seien auch für das Jahr 2019 geplant. Für die Übergangsphase werde in räumlicher Nähe eine Interimslösung geschaffen.

Herr Böttcher erkundigt sich, ob es auch Pläne zum „Käfig“ gebe. Frau Aubel erklärt, dass sich auch die Möglichkeit einer Käfigerweiterung aktuell in Prüfung befinde.

Auf Nachfrage von **Herr Wollenberg**, ob es eine grobe Kostenschätzung gebe informiert **Frau Aubel**, dass laut einer Grobkostenschätzung aus dem Jahr 2017 2,5 Mio. € eingeplant waren. Diese sei aber bereits mehrfach überholt.

30 % - 40 % der Kosten werden durch Förderung gedeckt, der Rest werde durch den städtischen Haushalt finanziert.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Pachtvertrag Sportplatz Nowawiese**

Vorlage: 18/SVV/0348

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
SBV, JHA, WA KIS, HA

Herr Böttcher informiert, dass ein Arbeitstreffen mit dem Verein Concordia Nowawes 06, dem Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport, dem KIS und dem Bereich Sport stattgefunden habe. Hierbei wurde sich auf folgende drei

Aspekte verständigt:

1. Der SV Concordia Nowawes 06 und der KIS erarbeiten eine gemeinsame Aufgabenstellung für ein zu beauftragendes Gutachten, welches die Möglichkeiten einer Verbesserung der Trainingsbeleuchtung auf dem Sportplatz an der NowaWiese ausloten soll. Ein Aspekt dieses Gutachtens soll auch eine Simulation einer möglichen Beleuchtung sein, die Bestandteil in Punkt 3 ist. Die begutachtende Firma wird gemeinsam festgelegt.

2. Frau Aubel bzw. der Geschäftsbereich 2 erkundigen sich erneut beim Rechtsamt und bitten um eine schriftliche Stellungnahme, was gegen einen möglichen Erbbaupachtvertrag zwischen der Stadt Potsdam bzw. dem KIS und dem SV Concordia Nowawes 06 spricht. Ebenfalls soll über die Kommunalaufsicht geklärt werden, inwiefern diese Möglichkeit besteht.

3. Im Zuge der Neubesetzung des Generaldirektorenpostens bei der SPSG wird Frau Aubel ausloten, welche Möglichkeiten einer Bebauung mit höheren Lichtmasten bestehen. Hierzu stellt der KIS eine Simulation (aus dem Gutachten in Punkt 1) zur Verfügung. Eine mögliche Umwandlung des Natur- in einen Kunstrasenplatz soll ebenfalls Bestandteil des Gesprächs sein.

Aufgrund dieser Festlegungen können beide Anträge (DS 18/SVV/0348 und DS 17/SVV/0286) als durch verwaltungshandeln erledigt angesehen werden.

Der Antrag wird einstimmig als **durch Verwaltungshandeln erledigt** erklärt.

zu 3.2 **Kunstrasenplatz Nowawiese**

Vorlage: 17/SVV/0286

Einreicher: Fraktion DIE aNDERE
WA KIS

(siehe Tagesordnungspunkt 3.1)

Der Antrag wird einstimmig als **durch Verwaltungshandeln erledigt** erklärt.

zu 3.3 **Ruderclub Vineta**

Vorlage: 19/SVV/0201

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Naundorf bringt die Neue Fassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.03.2019 ein.

Frau Dr. Wartenberg erinnert an die Vorstellung des Ruderclubs Vineta vor drei Jahren im Rahmen der Ausschusssitzung Bildung und Sport. Der Verein lege sein Augenmerk auf die Bereiche Kinder-, Jugend- und Breitensport. Sie geht auf den ehemaligen Standort und das ehemalige Vereinsgebäude an der Glienicker Brücke ein. Damals Besuchten ca. 2.000 Ruderer den Verein. Das Grundstück wurde seinerzeit konfisziert. Nach der Wende konnte das Grundstück nicht durch den Verein zurückgewonnen werden. Seitdem sei der Verein auf Suche nach einem neuen Grundstück.

Ergebnis eines Prüfauftrages aus dem Jahr 2016 war ein Baugrundstück in Neu Fahrland. Allerdings war dieses im Zuge der Entwicklungen im Ortsteil Neu Fahrland nicht mehr verfügbar.

Mit dem aktuellen Antrag soll nun die Grünfläche am Nordufer der Insel Neu Fahrland geprüft werden. Die Fläche eigne sich nicht, wie in der bisherigen Planung vorgesehen, als Bürgerpark, da sie unmittelbar an der B2 angrenze und dort mit starken Lärmbelastungen zu rechnen ist. Für ein Bootshaus hingegen sei die Fläche sehr günstig, da diese für die Öffentlichkeit gut zugänglich sei.

Sie weist darauf hin, dass man auch die weitere Entwicklung in Krampnitz mitbetrachten sollte. Der Ruderclub wäre für die Einwohner eine weitere Sportmöglichkeit vor Ort.

Herr Ziebarth erkundigt sich nach der aktuellen Mitgliederzahl. **Frau Dr. Wartenberg** informiert, dass aufgrund des fehlenden Standortes aktuell kein Sportbetrieb stattfindet. 28 Mitglieder seien gemeldet.

Herr Richter weist darauf hin, dass sich die betreffende Fläche bisher nicht im Eigentum der Landeshauptstadt Potsdam befinde. Daher sei eine Planung zum jetzigen Zeitpunkt schwierig.

Frau Dr. Klockow merkt an, dass sich die Fläche außerdem im Landschaftsschutzgebiet befinde. Der Ortsbeirat Neu Fahrland hat dieses Thema in seiner Sitzung bereits ausführlich diskutiert und spricht sich für die Freihaltung der Uferfläche aus. Aktuell werde die Fläche von den Bewohnern als Bürgerpark angesehen. Eine Bebauung am Standort sei nicht gewollt. Sie verweist auch auf den Antrag zur Lärmbelästigung auf dem Templiner See, welcher kürzlich in der Stadtverordnetenversammlung behandelt wurde.

Herr Wohlfahrt weist darauf hin, dass die benannte Fläche selbst nicht im Landschaftsschutzgebiet liege, sondern an eines angrenze.

Herr Richter bestätigt dies.

Laut Bauplan wird die Fläche als öffentliche Grünfläche ausgewiesen.

Auf Nachfrage von **Frau Lange**, warum es erforderlich sei, neben den bereits vorhandenen anderen Rudervereinen einen weiteren zu eröffnen erläutert **Frau Dr. Wartenberg** die neuen Bedarfe, auch in Hinblick auf die geplanten Veränderungen am Standort des Seesportclubs, entstehen werden.

Bislang gebe es viele Potsdamer, die aufgrund fehlender Angebote Berliner Rudersportvereine besuchen.

Ein weiterer Unterschied zu anderen Ruderclubs liege bei der Zielgruppe. Die beiden Vereine am Seekrug rudern nach dem Konzept des Leistungssportes, wohingegen der Ruderverein Vineta eher den Freizeit- und Breitensportbereich abdeckt.

Herr Keller verweist auf den Stadtpaziergang des Oberbürgermeisters.

Im Zuge der Besichtigungen wurde sich für die Stärkung des Seekrug Areals ausgesprochen.

Frau Naundorf merkt an, dass das Grundstück trotz der Bebauung weiterhin öffentlich zugänglich wäre. Das Gebäude werde aus natürlichen Baumaterialien errichtet und würde sich gut in das Landschaftsbild einfügen. Sie weist darauf hin, dass bei der Durchführung von Rudersport im Freizeitbereich mit einer geringeren Lärmbelästigung zu rechnen ist, da kein Trainer die Ruderer begleitet und somit keine Megaphone genutzt werden.

Herr Adler weist darauf hin, dass beim Ortsbeirat Neu Fahrland die entsprechende Expertise liege. Er könne die Argumentation von Frau Dr. Klockow und dem Ortsbeirat gut nachvollziehen. Das Grundstück eigne sich für die Nutzung als Ruderstandort aufgrund der Erreichbarkeit und fehlenden Parkmöglichkeiten nicht.

Herr Richter informiert, dass sich bezüglich der Fläche unter anderem mit dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege ausgetauscht wurde, im Ergebnis wurde eine Bebauung mit einem Bootshaus und somit die Nutzung für einen Ruderverein als nicht realisierbar bewertet.

Frau Dr. Klockow reicht eine Veranschaulichung der geplanten Bootshalle aus. (Anlage 2) Mit dieser werde verdeutlicht, dass es sich nicht um ein kleines Bootshaus handle, sondern um einen größeren Eingriff in die Landschaft. Sie bittet die Fraktion den Antrag zurückzustellen und alternative Lösungsmöglichkeiten für den Ruderclub zu besprechen.

Frau Naundorf stimmt dem zu, bittet aber um einen gemeinsamen Abstimmungstermin zu alternativen Lösungen mit der Fraktion dem Geschäftsbereich, dem Bereich Sport, sowie dem Verein.

Frau Aubel sagt dies zu.

Der Antrag wird durch die antragstellende Fraktion **zurückgestellt**, um alternative Möglichkeiten für den Standort zu besprechen und den Antrag entsprechend zu überarbeiten.

zu 3.4 **Stadtwald in Babelsberg entwickeln**

Vorlage: 18/SVV/0962

Einreicher: Fraktion CDU/ANW

KOUL ff, GSI, JHA

Frau Aubel informiert, dass in der Vorbereitung der Ausschusssitzung durch Herrn Viehrig gebeten wurde, diesen Antrag weiterhin zurückzustellen, da die in der letzten Sitzung angekündigten Gespräche zwischen der Stadt und dem Land noch nicht stattgefunden haben.

Der Antrag wird bis zur nächsten Ausschusssitzung **zurückgestellt**.

zu 3.5 **Zukunft der Bibliothekslandschaft in Potsdam**

Vorlage: 19/SVV/0152

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Naundorf bringt den Antrag ein. Sie weist darauf hin, dass die Bibliotheksversorgung im Stadtraum noch nicht flächendeckend sei. Der Norden der Stadt sei bisher kaum versorgt. Im Vergleich zu ähnlich großen Städten schneide die Stadt Potsdam mit nur drei Bibliotheken recht schlecht ab. Auch bezüglich des baulichen Zustandes der Zweigstellen Am Stern und in Waldstadt gebe es Modernisierungsbedarf. Daher soll nun gemeinsam mit der Stadt- und Landesbibliothek geprüft werden, inwieweit die Bibliothekslandschaft in Potsdam in den nächsten Jahren verbessert werden kann.

Frau Aubel informiert, dass der Antrag in dieser Form von der Verwaltung begrüßt werde.

Herr Wollenberg erkundigt sich, ob die Terminsetzung September für eine Berichterstattung in der Stadtverordnetenversammlung realisierbar sei.

Frau Aubel bejaht dies.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, konzeptionelle Überlegungen anzustellen,

- ob die Bibliotheksversorgung in der Landeshauptstadt Potsdam noch zeitgemäß und ausreichend ist,
- wie, wo und mit welchen Kosten eine zusätzliche Bibliotheks Zweigstelle sinnvoll und realisierbar wäre,
- wie ein Medienbus für Potsdam betrieben und wo er eingesetzt werden könnte,
- wie hoch die Kosten für eine Modernisierung der beiden vorhandenen Zweigstellen Am Stern und in der Waldstadt wären.

Gemeinsam mit dem Team der Stadt- und Landesbibliothek (SLB) ist eine Vision zu entwickeln, wie die Bibliothekslandschaft der Landeshauptstadt Potsdam in Zukunft aussehen soll und wie und in welchen Zeiträumen dies realisiert werden kann.

Darüber ist in der September Sitzung 2019 der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.6 **Mehr Wissen über Erste Hilfe im Notfall in Potsdam**

Vorlage: 19/SVV/0203

Einreicher: Fraktion Bürgerbündnis-FDP

Frau Dr. Klockow bringt den Antrag ein. Ziel sei es, das Wissen der Bürger über Erste Hilfe Maßnahmen zu stärken. Auch an Schulen soll das Wissen zur Notfallrettung erhöht werden.

Ein Maßnahmenkatalog soll hierzu erarbeitet werden.

Durch Angst davor etwas falsch zu machen werden oft keine Erste Hilfe Maßnahmen durchgeführt. Im Falle eines Herz-Kreislauf-Stillstandes zähle allerdings jede Sekunde. Sie verweist auf den internationalen Tag der Ersten Hilfe am 14.09.2019. Vielleicht könnten Schulveranstaltungen zum Thema Erste Hilfe an diesem Tag organisiert werden.

Frau Naundorf spricht sich für eine Unterstützung des Antrages aus.

Herr Wollenberg bittet, den Antrag zu konkretisieren und spezifische Maßnahmen zur Förderung des Wissens zum Thema Erste Hilfe zu benennen.

Herr Keller merkt an, dass es sich um einen Prüfauftrag handle um zunächst eine Zusammenstellung der möglichen Maßnahmen vorzunehmen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert zu prüfen, mit welchen Mitteln das Wissen der Bürger über die notwendigen ersten Hilfsmaßnahmen in Notfällen in Potsdam verbessert werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 3.7 Schulstandort Waldstadt-Süd

Vorlage: 19/SVV/0193

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Äa Fraktion AfD

SBV (ff)

Herr Keller informiert, dass zum vorliegenden Antrag der Fraktion DIE LINKE ein Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 04.03.2019, sowie ein Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 19.03.2019 vorliegt.

Herr Wollenberg informiert, dass das Umweltministerium den Bau der Schulanlagen im Landschaftsschutzgebiet abgelehnt habe. Daher sollen andere Flächen in Anspruch genommen werden.

Herr Böttcher bringt den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 19.03.2019 ein:

Änderungs-/Ergänzungsvorschlag:

Die Ds 19/SVV/0193 wird um folgenden Absatz ergänzt:

Die Planungen für den Neubau einer Förderschule am Standort Waldstadt-Süd werden aufgegeben. Stattdessen ist zu prüfen, ob die Schüler*innen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ in den regulären Schulbetrieb integriert werden können. Sollte dies nicht möglich sein, sind die Gründe den

Stadtverordneten im September 2019 ausführlich zu erläutern und ein Verbleib der Förderschule am jetzigen Standort am Schlaatz zu sichern. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen planungsrechtlich relevanten Maßnahmen zu veranlassen.

Begründung:

Der Bau einer neuen großen Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ verstößt gegen den Grundsatz der Inklusion. Wir gehen davon aus, dass gerade Schüler*innen mit diesem Förderschwerpunkt noch verhältnismäßig problemlos an den Regelschulen beschult werden können, wenn diese die erforderliche Unterstützung und Ausstattung erhalten. Die Obere Naturschutzbehörde hat in ihrer Stellungnahme den Bau einer Förderschule im Landschaftsschutzgebiet grundsätzlich in Frage gestellt. Für den Fall, dass sich die Landeshauptstadt

Potsdam über diese Bedenken hinwegsetzt, sind Klagen von Naturschutzverbänden zu erwarten.

Er merkt an, dass der Bedarf für Förderschüler sehr wohl gesehen werde, allerdings dürfe man beim Neubau nicht in ein Landschaftsschutzgebiet eingreifen, daher wird mit dem Ergänzungsantrag gebeten zu prüfen, ob die Förderschüler mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ in den regulären Schulbetrieb integriert werden können.

Herr Kümmel verweist auf den in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 142 „Schulstandort Waldstadt-Süd“ und den am 06.06.2018 dazu gefassten Leitbeschluss. Mittlerweile gebe es eine veränderte Sachlage.

Er stellt anhand einer Präsentation (Anlage 3) die Bedarfsermittlung der Schulen der Sekundarstufe 1 vor. Diese veranschauliche die Notwendigkeit der Neubauten. Geplant sei daher, dass die Gesamtschule in Waldstadt-Süd ab dem Schuljahr 2022/23, und das Gymnasium am Nuthetal ab dem Schuljahr 2026/27 gebaut werden. Daher sei der Umzug der Förderschule für das Schuljahr 2024/25 notwendig.

Er stellt die Bedarfsermittlung der Grundschulen für den Sozialraum VI, sowie die Bedarfsermittlung der Förderschüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen vor. Eine Steigerung der Gesamtzahl an Schülern mit Förderbedarf ist zu erkennen. Die Planung aus dem Schulentwicklungsplan 2014, welche besagt, dass die Zahl der Förderschüler sinken werde, treffe demnach nicht mehr zu.

Er geht auf die Bedarfsermittlung der Sportplätze ein. Mit der Sportentwicklungsplanung 2012 und der Hochrechnung bis 2022 wurde ein Defizit von 73.440m² wettkampffähiger Sportfreiflächen prognostiziert.

Im Juni letzten Jahres wurde der Beschluss „Synergien im Wald“ – 18/SVV/0186 gefasst. Mit diesem wurde dem Schulbau am Standort Waldstadt-Süd unter der Bedingung zugestimmt, dass der Wald zwischen den Baufeldern weitestgehend erhalten bleibe.

Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft habe diesem Vorschlag nicht zugestimmt. Das Gebäude der Förderschule könne aus Sicht des Ministeriums auch außerhalb des Landschaftsschutzgebietes erbaut werden.

Er stellt die Zeitschiene des Bebauungsplanes Nr. 142 vor. Für März 2020 wurde die Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung geplant. Demnach könnte der Bau im Jahr 2024 beendet werden. Ein Werkstattverfahren mit Vertretern der Fraktionen, der Bürgerinitiative, der Naturschutzverbände und der Wohnungswirtschaft wurde am 15.03.2019 durchgeführt. Im Ergebnis wurden zwei Planentwürfe als möglich betrachtet. (Präsentation, Folie 8).

Bezüglich der Kulturbodendeponie informiert er, dass man hier erst am Anfang der Planung stehe. Viele Gutachten und Maßnahmen müssten im Vorfeld durchgeführt werden (verkehrstechnische Untersuchungen, artenschutzrechtliche Untersuchungen, Untersuchungen der Bodenbelastung, Versickerungsgutachten, Baugrundgutachten, Grundstücksankauf, Machbarkeitsstudie). Das Bebauungsplanverfahren könne erst 2023 beendet werden. Eine Fertigstellung des Baus wäre daher erst zum Jahr 2028 realisierbar. Auch die Nähe zur Wohnbebauung werde sicherlich Diskussionen auslösen. Er stellt das weitere Verfahren zur Kulturbodendeponie vor (Präsentation, Folie 11).

Würde man dem Änderungsantrag der Fraktion AfD folgen und das Verfahren am Standort Waldstadt-Süd bis auf weiteres aussetzen, wäre die Zeitschiene nicht mehr einzuhalten. Bei dem Antrag der Fraktion DIE aNDERE, bezüglich der Integration der Förderschüler, handle es sich aus seiner Sicht um eine schulinterne Fragestellung, die die Kommune nicht lösen könne Die Kommune

habe vielmehr die Pflicht, die benötigten Schulbauten zur Verfügung zu stellen. Den Antrag der Fraktion DIE LINKE könnte man in einen Prüfauftrag abwandeln um für die Sportflächen einen anderen Standort zu suchen.

Herr Keller fragt, ob die Planung mit Sportanlagen (Präsentation, Folie 8, Abbildung 1) rechtlich umsetzbar sei, da die Gebäude außerhalb des Landschaftsschutzgebietes liegen, nur die Sportanlagen innerhalb des Landschaftsschutzgebietes.

Herr Kümmel erklärt, dass die Verwaltung die Befreiung der für die Sportflächen vorgesehenen Fläche aus dem Landschaftsschutzgebiet durch die Untere Naturschutzbehörde anstrebe. Eine naturschutzfachliche Bewertung sei hierzu im weiteren Bebauungsplanverfahren nötig.

Frau Erning geht auf den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE ein. Laut dem Gesetz zur Teilhabe und Inklusion hätten die Eltern das Wahlrecht, ob sie ihre Kinder an einer Regelschule oder an einer Förderschule anmelden.

Herr Böttcher erläutert, dass nicht die Planung einer Kapazitätserweiterung der Förderschule in Frage stehe, sondern die Notwendigkeit der Eröffnung des Gymnasiums am Nuthetal. Vielleicht bestünde die Möglichkeit das Gymnasium am ehemaligen Standort des REWE Marktes am Bisamkiez zu errichten. Somit müsste die Förderschule nicht umziehen.

Herr Richter informiert, dass die Fläche am ehemaligen REWE Markt bereits geprüft wurde, sich aber als zu klein erwiesen habe und auch keine Bereitschaft seitens des Eigentümers zum Verkauf bestehe, da bereits eine andere Bebauung auf der Fläche geplant sei.

Herr Wollenberg betont, dass der Bedarf einer Förderschule vorhanden sei. Die Schüler müssen versorgt werden und das Verfahren dürfe nicht weiter verschoben werden. Die Errichtung der Förderschule sei außerhalb des Landschaftsschutzgebietes möglich, daher könne man den Ministeriumsvorgaben entsprechen. Eine andere Prüfung in Richtung Kulturbodendeponie hätte ein jahrelanges Verfahren zur Folge und sei daher nicht möglich.

Herr Okoko fragt welche Gründe es dafür gibt, dass die Zahl der Förderschüler, entgegen der Prognose des Schulentwicklungsplanes, gestiegen sei und warum eine Eingliederung der Förderschüler in die Regelschulen nicht möglich sei. Außerdem erkundigt er sich nach der geplanten Schülerzahl an der Förderschule.

Frau Aubel informiert, dass der Förderbedarf in allen Förderschwerpunkten gestiegen sei. Die Eltern haben das Wahlrecht bezüglich des Lernortes ihres Kindes mit Förderbedarf. In der letzten Beratung des Kreiselterrates wurde für den Bereich der Grundschulen informiert, dass alle Schulen Inklusionskinder aufnehmen würden. Die Entwicklung der Schülerzahlen und die Klassenstärken seien hierbei aber wichtige Faktoren. Die Rahmenbedingungen, beispielsweise die spezifische Ausbildung der Lehrkräfte, müssen geschaffen werden.

Herr Hilbert ergänzt, dass die Förderschule für ca. 300 Schüler Platz bieten soll.

Der Richtwert bezüglich der Klassenstärke liegt bei 11 Schülerinnen und Schülern pro Klasse. Am jetzigen Standort werden 138 Schüler unterrichtet.

Frau Dr. Klockow fragt nach dem Anteil der Förderschüler aus dem Potsdamer Umland.

Frau Aubel sagt zu, diese Information nachzureichen.

Frau Naundorf geht auf die Einzelfallhilfe ein. Angestrebt werde, dass künftig die Lehrer selbst den Bedarf an Einzelfallhilfe anmelden um die zur Verfügung stehenden Helfer effektiver einsetzen zu können.

Herr Keller bringt Namens der Fraktion SPD einen Änderungs-/Ergänzungsantrag mit folgendem Wortlaut ein:

Um die geplante Entwicklung des Schulstandortes Waldstadt-Süd unter der Voraussetzung weiterführen zu können, dass das Landschaftsschutzgebiet nicht einbezogen werden muss, wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob für die vorgesehene Entwicklung von Sportflächen andere Flächen (zum Beispiel Kulturdeponie) in Anspruch genommen werden können. Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, sowie dem Ausschuss für Bildung und Sport ist am 30.04.2019 ein Zwischenbericht zu geben.

Der Änderungsantrag der AfD-Fraktion vom 04.03.2019 wird zur Abstimmung gestellt:

~~Die geplante Entwicklung des Schulstandortes Waldstadt-Süd soll unter der Voraussetzung weitergeführt werden, dass das Landschaftsschutzgebiet nicht einbezogen werden muss~~ **ist bis auf weiteres auszusetzen.**

Für die vorgesehene Entwicklung von Sportflächen sollen andere Flächen (zum Beispiel Kulturbodendeponie) in Anspruch genommen werden.

Für die vorgesehene Entwicklung der notwendigen Schulkomplexe sind alle möglichen städtischen Alternativstandorte sowie geeignete, anliegende Flächen der Gemeinde Nuthetal östlich der Schienentrasse des RE7 zu prüfen.

Hierzu ist eine enge Zusammenarbeit mit der Umlandgemeinde Nuthetal sowie der Bürgerinitiative Bürger für Waldstadt umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **abgelehnt**.

Der Ergänzungsantrag der Fraktion DIE aNDERE vom 19.03.2019 wird zur Abstimmung gestellt:

Die Ds 19/SVV/0193 wird um folgenden Absatz ergänzt:

Die Planungen für den Neubau einer Förderschule am Standort Waldstadt-Süd werden aufgegeben.
Stattdessen ist zu prüfen, ob die Schüler*innen mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ in den regulären Schulbetrieb integriert werden können. Sollte dies nicht möglich sein, sind die Gründe den Stadtverordneten im September 2019 ausführlich zu erläutern und ein Verbleib der Förderschule am jetzigen Standort am Schlaatz zu sichern.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die erforderlichen planungsrechtlich

relevanten Maßnahmen zu veranlassen.

Begründung:

Der Bau einer neuen großen Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“ verstößt gegen den Grundsatz der Inklusion. Wir gehen davon aus, dass gerade Schüler*innen mit diesem Förderschwerpunkt noch verhältnismäßig problemlos an den Regelschulen beschult werden können, wenn diese die erforderliche Unterstützung und Ausstattung erhalten.

Die Obere Naturschutzbehörde hat in ihrer Stellungnahme den Bau einer Förderschule im Landschaftsschutzgebiet grundsätzlich in Frage gestellt. Für den Fall, dass sich die Landeshauptstadt Potsdam über diese Bedenken hinwegsetzt, sind Klagen von Naturschutzverbänden zu erwarten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	4
Stimmhaltung:	1

Der Änderungs- /Ergänzungsantrag der Fraktion SPD wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Neufassung zu beschließen:

Um die geplante Entwicklung des Schulstandortes Waldstadt-Süd unter der Voraussetzung weiterführen zu können, dass das Landschaftsschutzgebiet nicht einbezogen werden muss, wird der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob für die vorgesehene Entwicklung von Sportflächen andere Flächen (zum Beispiel Kulturdeponie) in Anspruch genommen werden können.

Dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr, sowie dem Ausschuss für Bildung und Sport ist am 30.04.2019 ein Zwischenbericht zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	1
Stimmhaltung:	1

zu 3.8

Planetarium Potsdam

Vorlage: 19/SVV/0162

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Frau Naundorf bringt den Antrag ein.

Um den weiteren Erhalt des Planetariums zu sichern sei finanzielle Unterstützung nötig.

Die Sitzung im Planetarium, zu der auch Herr Plate als Planetariumsleiter anwesend sein wird finde zwar erst im April statt, allerdings könne aufgrund der Dringlichkeit bereits in dieser Sitzung ein positives Votum vom Ausschuss gefasst werden.

Herr Wollenberg weist darauf hin, dass man eine Beschlussfassung, die finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt hätte nicht übereilen sollte, wenn die genauen Bedarfe noch nicht aufgeschlüsselt sind.

Frau Aibel informiert, dass es sich zunächst um einen Prüfauftrag handle, um eine Darstellung der finanziellen Bedarfe zu erhalten. Eine abschließende Entscheidung müsse im Zuge der Haushaltplanberatung für den anstehenden Doppelhaushalt getroffen werden.

Der Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird - vorbereitend zu einem Haushaltsantrag zum Jahresende 2019 - beauftragt zu prüfen, wie und ggfs. mit welchen Fördermitteln das Planetarium der Urania erhalten werden kann. Zum weiteren Betrieb ist ab 2020 eine Investition von rund 750.000 Euro nötig, außerdem besteht ein Bedarf in Höhe von zusätzlichen rund 122.000 Euro jährlich für laufende Ausgaben. Siehe dazu auch die Anlagen: Zukunftskonzept und Handlungsbedarf, Kostenaufstellung.

Über das Prüfergebnis ist bis September 2019 in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen.**

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.3 Vorstellung der Ergebnisse und Ausblick zum Projekt "JamMBoxX"

Frau Lupuleak stellt das Projekt vor. Die „JamMBoxX“ ist ein kreatives Tonstudio für Kinder und Jugendliche, in welchem eigene Songs geschrieben und aufgenommen werden. Das Projekt ist seit anderthalb Jahren aktiv. Gemeinsam mit Herrn Hillmann und seinen Teamkollegen, als erfahrene Musiker und Pädagogen wurde das Projekt ins Leben gerufen. Ziel sei es, viele verschiedene Kinder und Jugendliche zu erreichen und das Instrumentalspiel von Beginn an zu fördern. Neben den Lernerfahrungen im musikalischen Bereich werde auch die Teamfähigkeit gefördert. Zur Umsetzung des Projektes wurden zahlreiche Kooperationen eingegangen. Zur Ausstattung des Musikraumes (in tonstudioähnlicher Qualität) wurden ca. 10 Tsd. € durch den Förderverein der Musikschule zur Verfügung gestellt. 20 Unterrichtseinheiten werden zurzeit pro Woche durchgeführt. Auch sei die Begleitung der Schüler durch Musikpädagogen mit Bühnenerfahrung wichtig.

Angeboten werde das Projekt im Bereich der Grundschulen und Gymnasien, es werde aber auch Streetwork betrieben um auf das Projekt aufmerksam zu machen.

Für die Kinder und Jugendliche ist das Projekt kostenfrei.
Ziel der „JamMBoxX“ für die Schülerinnen und Schüler bzw. Jugendlichen ist die Fertigstellung einer eigenen Musik-CD. Sie musizieren selbst, entwickeln den Bandnamen eigenständig, gestalten das Cover der CD und schreiben ihre eigenen Texte. Diese Prozesse werden durch die Musikpädagogen begleitet.
Herr Hillmann berichtet, dass die Jugendlichen trotz unterschiedlichen Musikgeschmäcker im Laufe des Projektes zusammengefunden haben. Wichtig war dem Team, alle Ideen wertzuschätzen und die unterschiedlichen Persönlichkeiten miteinander zu vereinbaren. Der Sprach- und Bildungsschatz der Kinder und Jugendlichen sollte aufgegriffen werden.
Er stellt die CD-Cover und einzelne Musiktitel aus dem Tonstudio vor.
Er weist darauf hin, dass die Jugendlichen ihre eigenen Themen in den Titeln verarbeitet haben.
Die Musik entstehe in ungefähr 10 Arbeitsstunden.
Frau Lupuleak informiert, dass jede Woche ca. 100 Kinder die „JamMBoxX“ besuchen. Erweiterungen des Projektes an anderen Standorten seien ebenfalls möglich, beispielsweise am Schlaatz oder am Schulzentrum Stern.

Sie erklärt, dass sich die Stadt nun folgende grundsätzliche Fragen zur weiteren Planung des Projektes stellen müsse:

- Kann sich Potsdam als wachsende Stadt vorstellen, die Kapazitäten der Musikschule, und hier insbesondere der „JamMBoxX“, an die Bedürfnisse einer wachsenden Stadt anzupassen?
- Kann die Zuschussgestaltung für die Musikschule angesichts dieser effektiven musikalischen Sozialarbeit mit dieser Aufgabe abgestimmt werden?

Sie stellt mögliche Szenarien für eine Erweiterung der JamMBoxX vor:

- Erweiterung des Tätigkeitsspektrums vom Stern weiter zum Schlaatz
- Installation einer „JamMBoxX“ als Raum z.B. in der Weidenhof-GS und als Unterrichtsform in Kooperation mit der Weidenhof-GS, der Gesamtschule am Schilfhof und der Freien Schule und/oder
- Installation einer „JamMBoxX“ als zweiten Raum im Haus 2 der Musikschule oder im Neuen Schulzentrum am Stern, □weiterer hoher Bedarf „JamMBoxX“ am Stern durch Neues Schulzentrum am Stern nachgewiesen (soll in kleinem Umfang auf jeden Fall mit dem Schuljahr 2019 / 2020 starten)

Für jede neue „JamMBoxX“ müssten folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

- Ca. 10 T € Investitionsbedarf (Ausstattung)
- 1, 5 neue Stellen für Leitung „JamMBoxX“

Honorarmittel für Coaching „JamMBoxX“ (derzeit bei 20 JamMBoxX-Einheiten (Bands) ca. 30 T € p.a.)

Frau Lupuleak bittet die Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport, die weitere Entwicklung dieses einzigartigen Projektes aktiv durch entsprechende Beschlusslagen zu unterstützen.

Frau Schkölziger merkt an, dass diese Art von pädagogischer Arbeit, die Förderung des sozialen Umgangs miteinander, Aspekte des Bereiches Schulsozialarbeit beinhalte.

Frau Lupuleak merkt an, dass die Möglichkeit der Kontaktherstellung zur Musik, besonders für Kinder, welche diese nicht durch die Eltern erhalten, sehr wichtig sei.

Herr Wohlfahrt fragt, ob man in Zahlen benennen könne, wie viele Kinder aufgrund der fehlenden Finanzierung oder der nicht ausreichend vorhandenen Proberäume etc. keine Möglichkeit zum Musizieren erhalten.

Frau Dr. Klockow fragt, für welche konkreten Verwendungszwecke die finanzielle Unterstützung gewünscht wird.

Frau Lupuleak erläutert, dass Mittel für den Einzel-Instrumentalunterricht fehlen. Viele Schüler hätten Interesse, auch nach der „JamMBoxX“ weiter Musik zu machen. Vier der Bands die sich aus der „JamMBoxX“ gebildet haben sind nach dem Projekt weiterhin an der Musikschule aktiv. Des Weiteren besteht ein Fehlbedarf an Proberäumen. Die erstmalige Finanzierung der „JamMBoxX“ erfolgte über den Freundeskreis der Musikschule Potsdam. Aus dem eigenen Haushalt der Musikschule sei eine Finanzierung leider nicht möglich.

Frau Naundorf spricht sich für das Projekt aus. Man sollte Geld in die Hand nehmen um solch ein Projekt zu fördern.

zu 4.1 **Aktuelle Situation Schulentwicklungsplanung - Sachstand Baumaßnahmen**

Herr Richter formuliert, dass sich seit der letzten Berichterstattung in der Februarsitzung keine außergewöhnlichen Änderungen ergeben hätten. Daher schlägt er vor, die Präsentation als Anlage an die Niederschrift zu geben. (Anlage 4)

Herr Okoko bittet den KIS, den Beirat für Menschen mit Behinderungen an den Gesprächen mit den Architekten bei neuen Bauvorhaben zu beteiligen.

Herr Richter informiert, dass mit dem Beauftragten für Menschen mit Behinderungen, Herrn Richter Absprachen diesbezüglich getroffen wurden. Herr Richter wird in jedes neue Projekt einbezogen und kann den Beirat jederzeit, je nach Bedarf mit einbeziehen.

Herr Okoko geht auf die Planungen zur Grundschule Bornim ein. Hier wurde der Beirat nicht eingebunden. Er bittet den KIS die rechtzeitige Einbindung des Beirates, gemeinsam mit Herr Richter zu klären.

zu 4.2 **Gründung Netzwerk "Inklusiver Sport" in der Landeshauptstadt Potsdam Vorlage: 19/SVV/0209**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Gessner informiert zur Mitteilungsvorlage. Er berichtet, dass bereits im Zuge der Berichterstattung zum Sportförderbericht informiert wurde, dass das eingeplante finanzielle Budget für inklusiven Sport nicht ausgeschöpft wurde. Demnach müsse eine Kommunikationsverbesserung erfolgen. Er informiert, dass die ersten Treffen unter dem Titel „Inklusion im und durch

Sport“ bereits am 09.10.2018 und 30.01.2019 durchgeführt wurden.
Die nächste Beratung finde am 05.06.2019 (17:00 Uhr bis 19:00 Uhr) statt.
Avisierte Themen seien Sportfördermittel, Sportstätten, der
Behindertensportverband (Übungsleiterausbildung) und Strukturbildung des
Netzwerkes.

Zunächst werde die Verwaltung die Koordinierung der Treffen übernehmen. Ziel
sei es künftig, die Koordinierung aus dem Netzwerk heraus zu organisieren.

Frau Naundorf fragt, welcher Ansprechpartner der Verwaltung aktuell das
Netzwerk betreut.

Herr Gessner informiert, dass der Bereich Sport des Fachbereiches Bildung,
Jugend und Sport die Koordinierung gemeinsam mit Herr Richter (Beauftragter
für Menschen mit Behinderungen) übernimmt.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis.**

zu 4.5 Stärkung des Stadtsportbunds Potsdam

Vorlage: 19/SVV/0208

Einreicher: Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und
Sport

Herr Gessner fasst zur Mitteilungsvorlage zusammen, dass die personellen
Bedarfe des Stadtsportbundes, besonders aufgrund der Erhöhung der
Mitgliederzahl stark angestiegen seien, die Mitarbeiteranzahl jedoch unverändert
sei. Auch der bürokratische Aufwand habe sich erhöht und ist durch die
ehrenamtlich Tätigen Mitarbeiter des Stadtsportbundes kaum abzudecken.
Die zusätzlich benötigten finanziellen Mittel für die Sicherstellung der Einrichtung
einer zusätzlichen Personalstelle beim Stadtsportbund könnten für den
Doppelhaushalt 2020/2021 eingeplant werden.

Frau Naundorf bittet in der Stellenbeschreibung der zusätzlichen Personalstelle,
aufgrund des Arbeitsaufwandes festzuschreiben, dass die Arbeit zur
Koordinierung des Netzwerkes „Inklusiver Sport“ 50 % der Stelle ausmacht.

Herr Gessner erläutert, dass die Kopplung der Aufgaben Koordinierung des
Netzwerkes und Unterstützung bei den administrativen / bürokratischen Arbeiten
in einer Stelle möglich sei.

Der Stadtsportbund sei auch in der Lage seinen Eigenanteil von 10 % zu leisten,
der gemäß Richtlinie zur Bewilligung und Steuerung von Zuwendungen in der
Landeshauptstadt Potsdam festgeschrieben ist.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage **zur Kenntnis.**

zu 5 Sonstiges

zu 5.1 nächste Ausschusssitzungen

Herr Keller weist darauf hin, dass die nächste Sitzung im Gebäude der Urania
stattfinden werde. Ab 17:00 Uhr ist eine Führung durch die Planetariumskuppel

geplant. Um 17:30 Uhr beginnt die Ausschusssitzung

zu 5.2 Sachstand Strandbad Babelsberg - Seesportclub

Herr Kümmel veranschaulicht anhand einer Karte (Anlage 5, Seite 1) die aktuelle Fläche des Seesportclubs.

Ziel sei die Neuordnung des Bereiches, da das Strandbad nach Eigentumszuordnung laut Gerichtsurteil Flächen der Stiftung für Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) nutzt. Eine Eigentumsbereinigung sei daher notwendig (Seite 2).

Er veranschaulicht den durch die SPSG gewünschten Grundstückstausch (Seite 3). Dieser bedeute für das Strandbad und den Seesportclub eine Verkleinerung der zur Verfügung stehenden Fläche von 2,4 Hektar auf 1, 8 Hektar.

Der geplante Grundstückstausch wurde bereits beschlossen.

Eine durch Vereinbarung zwischen der Landeshauptstadt Potsdam, der SPSG, sowie dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur gegründeten AG beschäftigte sich mit den Potenzialen vor Ort (Seite 4).

Er stellt den Denkmalpflegerischen Bindungsplan der SPSG vor (Seite 5).

Eine Fläche für einen Neubau sei vorhanden und bereits von einem durch die Stadtwerke Potsdam beauftragten Architekten geprüft und bestätigt. Geplant sei die Errichtung eines ovalen Hauses, dass sowohl dem Seesportclub als auch dem Strandbad dienen soll. Bei der Gestaltung werde die SPSG ein großes Mitspracherecht haben.

Er stellt die geplante Nutzungsaufteilung zwischen Strandbad und Seesportclub vor (Seite 8).

Einige noch offene Punkte (konkreter Grundstückszuschnitt, die Lage der Steganlage, das Freiflächenkonzept des Strandbades, die Förderung des Bauvorhabens, das Vertragswerk zwischen der SWP der SPSG und der Landeshauptstadt Potsdam sowie der Grundstückserwerb der SWP vom Bund) müssen noch in der AG „Flächen Babelsberger Park“ diskutiert werden (Seite 9). Ziel sei die Einbringung einer Beschlussvorlage in die Stadtverordnetenversammlung im November 2018.

Herr Keller betont, dass bis zur endgültigen Lösungsfindung keine Beeinträchtigung für die Sportler des Seesportclubs entstehen dürfe.

Herr Kümmel informiert, dass bis zur endgültigen Lösung die bestehenden Verträge wirksam bleiben.

Auf Nachfrage von **Herr Sima**, ob der neue Baukörper kleiner als der abgerissene sein werde, erklärt **Herr Kümmel**, dass die Nutzer sich auch räumlich einschränken müssen. Er hofft, dass sich Synergieeffekte zwischen Strandbad und Seesportclub durch gemeinsames Nutzung der Räumlichkeiten ergeben.

Herr Wohlfahrt fragt, ob sich der Grundstückstausch nur auf die vorliegenden Grundstücke beziehe.

Herr Keller betont, dass bis zur endgültigen Lösungsfindung keine Beeinträchtigung für die Sportler des Seesportclubs entstehen dürfe.

Herr Kümmel informiert, dass bis zur endgültigen Lösung die bestehenden Verträge wirksam bleiben.

Auf Nachfrage von **Herr Sima**, ob der neue Baukörper kleiner als der abgerissene sein werde, erklärt **Herr Kümmel**, dass die Nutzer sich auch

räumlich einschränken müssen. Er hofft, dass sich Synergieeffekte zwischen Strandbad und Seesportclub durch gemeinsame Nutzung der Räumlichkeiten ergeben.

Herr Wohlfahrt fragt, ob sich der Grundstückstausch nur auf die vorliegenden Grundstücke beziehe.

zu 5.3 Benennung eines Mitgliedes aus dem Ausschuss für Bildung und Sport in das Gremium zur Begleitung der Ausschreibung der ambulanten Suchtberatungsstelle und der Suchtpräventionsfachstelle für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

Herr Keller informiert, dass nach Abfrage von Herr Viehrig am 11.03.2019 die Rückmeldung eingegangen sei, dass Herr Wollenberg als Vertreter des Ausschusses am Gremium teilnehmen möchte.

Der Vorschlag wird zur Abstimmung gestellt:

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.